

Der Rechtsstaat am Limit

Immer mehr Verfahren und zusätzliche Aufgaben: Staatsanwaltschaft in Lüneburg ist massiv überlastet

VON JOACHIM ZIESSLER

Lüneburg. „Pebb\$y“ klingt zwar wie eine belebende Erfrischung, ist für die Lüneburger Staatsanwaltschaft aber tatsächlich ein Quell des Frustes. Weist das „Pebb\$y“ genannte Personalbedarfsberechnungssystem der Justiz doch eine notorische – und steigende – Überlastung aus. So wurde die Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaft Lüneburg über Monate mit 160 bis 170 Prozent beziffert. Die Gründe: Immer mehr Verfahren, zusätzliche Aufgaben und Personalausfälle. Die Folgen: Verfahren ziehen sich oder werden sogar eingestellt. Ein Lüneburger Staatsanwalt hat beim Ministerium förmlich Überlastung angezeigt. Der Niedersächsische Richterbund schlägt Alarm, sieht den „Rechtsstaat gefährdet“.

Ein Alarmruf, dem Gerhard Berger „nicht widersprechen will“. Doch der Leitende Oberstaatsanwalt in Lüneburg weist darauf, dass die Justiz schon gegensteuert, etwa indem Stellen aus derzeit nicht überlasteten Bereichen umgeschichtet werden. Potenzial, den überlasteten Anklägerinnen und Anklägern die Arbeit weiter zu erleichtern, sieht er durchaus. „Wir könnten weniger Aufgaben übergestülpt bekommen, für die wir eigentlich nicht zuständig sind.“ Als Beispiel nennt er die Überführung von Straftätern in den Maßregelvollzug, also beispielsweise in eine Entzugsklinik. „Das machen unsere Rechtspfleger, obwohl eigentlich das Sozialministerium zuständig ist.“

Fünf bis zehn Prozent mehr Strafverfahren als im Vorjahr seien 2023 bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg aufgelaufen. 37 Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte gibt es in Lüneburg, nochmal zehn in der Celler Zweigstelle. Doch Plan ist nicht gleich Realität, rechnet Berger vor: „Sechs Kolleginnen



Eine dauerhafte Überlastung der Staatsanwaltschaften gefährdet den Rechtsstaat, meint der Lüneburger Leitende Oberstaatsanwalt Gerhard Berger.

sind in Mutterschutz beziehungsweise Elternzeit, zwei Kollegen in Elternzeit, einer ist zur Generalstaatsanwaltschaft nach Celle abgeordnet, drei sind langfristig erkrankt.“

Derzeit fehlen mindestens 130 Staatsanwälte im Land

Die Verbliebenen übernehmen die Akten der Fehlenden. Was Frank Bornemann, den Vorsitzenden des Niedersächsischen Richterbundes, auf die Palme bringt: „Das ist ein absolut untragbarer Zustand, der an die Substanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. Derzeit fehlen im Land mindestens 130 Staatsanwälte“, rechnete er in einer Pressemitteilung vor. Als Folge nennt Bornemann, „dass zwangsläufig mehr Verfahren als bisher eingestellt werden müssen, um der Masse an Verfahren überhaupt Herr werden zu können und Kapazitäten für größere Ermittlungen zu schaffen.“

„Karton-Verfahren“, nennt Berger aufwändige Ermittlungen

etwa im Bereich Wirtschafts- und Cyberkriminalität sowie Kinderpornografie. Hier müssen Anklägerinnen und Ankläger kartonweise Akten durchforsten. Dabei bleibt die „Pebb\$y“-Kalkulation oft auf der Strecke.

So sieht das System etwa vor, dass 55 Minuten Arbeitszeit für ein Verkehrsdelikt und 110 Minuten für ein Betrugsdelikt aufgewendet werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollen die Effektivität erhöhen, so kümmert sich Stade um die Clankriminalität im Lüneburger Bezirk, Hannover verfolgt Straftaten im Zusammenhang mit Kinderpornografie und in Göttingen behält man die Hasskriminalität im Internet im Visier. Kommt der jeweilige Angeklagte aber aus der Lüneburger Region, stellen dennoch meist die hiesigen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte den Prozessvertreter.

Doch nicht nur Straftaten, die die Volksseele kochen lassen, sorgen in den Fluren der Lüneburger Staatsanwaltschaft, deren Ge-

bäude im Schatten des Untersuchungsgefängnisses steht, für Mehrarbeit. Sondern sogar Versuche des Gesetzgebers, für Entlastung zu sorgen, indem etwa Delikte wie Schwarzfahren oder Cannabiskonsum entkriminalisiert werden.

„Ein absolut untragbarer Zustand, der an die Substanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht“

Gerhard Berger

Leitender Oberstaatsanwalt

Berger: „Viele dürften eine Schwarzfahrt zwischen Lüneburg und Bardowick als Bagatelldelikt ansehen. Aber gilt das auch für eine Fahrt ohne Ticket von Lüne-

burg nach München? Und allein die Aussicht auf eine Cannabislegalisierung erzwingt, Hunderte laufende Drogenverfahren unter die Lupe zu nehmen. Welche Drogen spielen in den einzelnen Fällen eine Rolle? Welche Mengen Cannabis waren im Spiel?“

Immerhin: Die Klagen der Anklägerinnen und Ankläger blieben nicht ungehört. Mitte Dezember deutlich zurückging, werden 2024 befristet 20 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Bereich der besonders belasteten Generalstaatsanwaltschaft Celle abgeordnet. Lüneburg wurden zwei Planstellen mehr zugebilligt, die nun ausgeschrieben werden. Ob das angesichts „der hohen Kundenfreundlichkeit“ der Lüneburger Staatsanwaltschaft ausreicht, wie Gerhard Berger sie mit einem Augenzwinkern umschreibt: „Bei uns kommen alle wieder.“

HEIDEKREIS

Digitale Beratung für Gründer

Die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg bietet Existenzgründerinnen und Existenzgründern kostenfreie und individuelle Video-Beratungen zur Entwicklung des eigenen Unternehmens an. Wer seine Gründungsidee mit einem Berater aus dem Wirtschaftswissenschaften-Netzwerks weiterentwickeln möchte, hat dazu Gelegenheit beim Expertengespräch mit dem Thema „Gründungs idee“ am Mittwoch, 31. Januar, in der Zeit von 13 bis 17 Uhr. Die Termine für die Beratungen können ausschließlich online unter www.ihk.de/ihklw/expertengespraech gebucht werden. Anmeldeschluss ist am Donnerstag, 25. Januar. Ansprechpartnerin für weitere Informationen ist Ute Jaster unter (053 61) 2954 23 sowie unter expertentage@ihklw.de



von Dr. Ursula Heimann

Die aktuelle Hochwasserlage in unserer Region zeigt wieder einmal: Extreme Wetterereignisse nehmen durch den Klimawandel zu und ihre Auswirkungen werden immer stärker. Die Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft auf erneuerbare Energien wie Wasserstoff, Wind- oder Sonnenenergie wird immer dringlicher, um die weitere globale Erwärmung zu begrenzen.

KOLUMNE

Transformation – Innovation – Motivation

Das sagt sich leicht, doch die notwendigen Veränderungen sind komplex, teils schmerzhaft und oft mit hohen Kosten oder gar finanziellen Einbußen verbunden. Zudem lässt sich die erforderliche Transformation nicht im Handumdrehen erledigen. Viele fragen sich deshalb immer noch, woher Zeit, Geld und Motivation kommen sollen, um Energiewende und nachhaltige Transformation zu stemmen.

Der Faktor Zeit betrifft die eigene Lebens- und Arbeitszeit, die es einzusetzen gilt, wie auch die Zeit, die es braucht, um Innovationen zu entwickeln und auf die Straße zu bringen. Deren volle Wirkung zeigt sich erst Jahre oder Jahrzehnte später. Generationenübergreifendes Denken und Handeln ist daher nötig. Für manche ist das ver-

traut und selbstverständlich, für andere eher Neuland.

Der Faktor Geld betrifft Kosten und Investitionen um die Transformation von Betrieben, Organisationen oder Gemeinden voranzutreiben. Gleichzeitig kann der Wegfall von früheren Förderprogrammen und Zuschüssen zu finanziellen Einbußen führen. Doch zeigen die aktuellen Überschümmungen wieder, dass das Eindämmen und Beheben der Schäden oft kostspieliger ist als Investitionen in die energetische Transformation. Zudem können nachhaltige Innovationen neue Einnahmen generieren oder zu Ersparnissen gerade bei den Energie- oder Transportkosten führen.

Der Gedanke an zukünftige Generationen, das Mitgefühl für die Betroffenen und der pragmatische Blick aufs Geld können

Motivationsfaktoren für Innovationen in Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien sein. Langfristige Finanzprojektionen, die unterschiedliche Szenarien berücksichtigen, können positive finanzielle Effekte aufzeigen und so ein weiterer Ansporn sein. Eine Toolbox mit ersten Handlungsoptionen vereinfacht den Einstieg. Und natürlich bedarf es innovativer Finanzierungsinstrumente sowie staatlicher Förderung, damit weitreichende Maßnahmen umgesetzt werden. Viele Einzelbeiträge summieren sich dann im Lauf der Jahre zu umfassender, positiver Wirkung.

Dr. Ursula Heimann arbeitet als selbstständige Expertin für Gründer und Mittelstand. Einmal im Monat schreibt die Soltauerin in der Böhme-Zeitung.

ALTE AUSGABEN
Böhme-Zeitung.

17. Januar 1874

■ Paris. Der unterseeische Tunnel, durch welchen man die Küsten von England und Frankreich zu verbinden hofft, ist – wie der Pariser „Figaro“ schreibt – nicht mehr eine bloße Chimäre; er sagt: Eine Commission, bestehend aus politischen Persönlichkeiten, Abgeordneten oder Generalräthen des Pas-de-Calais und aus Männern der Wissenschaft, ist am 14. d. M. bei Herrn de Clercq, Abgeordneten dieses Departements, zusammengetreten und hat einstimmig den Wunsch angenommen, daß der Bau eines unterseeischen Tunnels zwischen Frankreich und England von Staatswegen für ein gemeinnütziges Unternehmen erklärt werde. Von diesem Beschluß bis zur Ausführung mag der Weg noch weit sein; aber es wäre ein Werk, welches dem 19. Jahrhundert und den beiden Nationen, die es unternehmen, zur Ehre gereichte.

17. Januar 1899

■ Soltau. Aus vielen Theilen Deutschlands und unserer Provinz liegen Berichte vor über den in den letzten Tagen geherrschten orkanartigen Sturm. Auch hier und in unserer Heide hatte der Sturm sich sehr bemerklich gemacht. Von besonderen Unglücksfällen in Folge des Sturmes ist uns nichts bekannt geworden.

17. Januar 1924

■ Soltau. Am gestrigen Donnerstag unternahm die 2. Klasse der Mittelschule Visselhövede einen Ausflug nach Soltau, um auf unserer Rodelbahn im Böhmevalde dem Rodelsport zu huldigen. Einige Stunden lang erfreute sich die Visselhöveder Jugend des für sie so seltenen Genusses. Sie hatte gerade noch Glück, da es mittags zu tauen anfing. Unter der Voraussetzung, daß das gestern eingetretene Tauwetter nicht anhält, gedenkt eine andere Klasse der Visselhöveder Mittelschule die Rodelbahn heute zu besuchen. Aus der Tatsache, daß unsere schöne Rodelbahn nun auch schon von auswärtigen Schülern besucht wird, läßt sich erkennen, welch einen Schatz wir an dieser Einrichtung haben.

17. Januar 1974

■ Wietzenhof. Wir berichteten bereits über die geplante Einrichtung einer Volkshochschule in Wietzenhof in absehbarer Zeit. Die Vorbereitungen sind nunmehr soweit gediehen, daß die Eröffnungsveranstaltung, an der alle Interessenten teilnehmen sollten, am 7. Februar um 20 Uhr im Gasthaus Kremser stattfindet.

Vom 16. April 1945 bis 27. August 1949 ist die Böhme-Zeitung nicht erschienen. Nach der Besetzung durch die Briten war das Herausgeben von Zeitungen, die bereits vor 1945 erschienen waren, verboten.

HEIDEKREIS

Drei weitere Straßen sind freigegeben

Das Hochwasser ist weiter auf dem Rückmarsch. Somit wurden weitere Straßen freigegeben. Die Bundesstraße 214 zwischen Schwarmstedt und Norddrebber, die Landesstraße 190 bei Essel und die 191 zwischen Ahlden und Hohenhagen sind befahrbar. bz